

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 10 Pfennige, auswärts 15 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige. — Anzeigenpreis: 10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 110

Donnerstag, den 12. Mai 1927

22. Jahrgang

Professor Serings über die Weltagrarkrise.

Genf, 10. Mai. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Landwirtschaftsausschusses der Weltwirtschaftskonferenz sprach der Berliner Nationalökonom, Professor Sering, über die Ursachen der Weltagrarkrise. Sering erklärte u. a., die Ursachen für die gegenwärtige abnorme Preisbildung liege in der gesunkenen Konkurrenzfähigkeit und Kaufkraft der europäischen Industriegebiete. Unter der Last der europäischen Kriegsschäden seien die unproduktiven Aufwendungen sehr viel höher als vor dem Kriege. Nach dem Landesplan würden die normalen Zahlungen Deutschlands seine unproduktiven Ausgaben gegenüber dem Vorkriegsstand mehr als verdoppeln. Das Einkommen der deutschen Bevölkerung aber sei durch die Kriegsergebnisse tief herabgedrückt. Eine wirkliche Heilung der weltwirtschaftlichen Depression könne nur in der Herabsetzung der Schutzzölle gefunden werden. Ich sehe voraus, daß die politischen Beschlüsse der Völker bald eine Regelung gefunden haben werden, die für alle Teile tragbar ist.

Soziale Fragen.

In der Industrie- und Landwirtschaftskommission wurde heute nachmittag die Aussprache über die sozia-

len Bedingungen der Industriearbeiterschaft fortgeführt, nachdem am Vormittag der russische Metallarbeiterführer Leise den Klassenkampf postuliert hatte. Zouhary betonte als Arbeitervertreter, daß die Arbeiterschaft von der Konferenz eine Festlegung der durch die Preisbildung geschaffenen Arbeitsbedingungen erwarte. Er hielt dem russischen Vertreter entgegen, daß Rußland selbst die von ihm geforderte Koalitionsfreiheit nicht einführe. Der Achtstundentag sei in Sowjetrußland gleichfalls nicht durchgeführt. Zouhary betonte, daß ein dauernder Sieg gerade des sozialen Fortschrittes nur auf dem Boden der Freiheit und der wahren sozialen Gerechtigkeit möglich sei.

Nachdem in der Landwirtschaftskommission der russische Vertreter Offinoff sich gegen Agrarschutzzölle ausgesprochen und angekündigt hatte, daß Rußland in Kürze wieder Getreideexportland wie vor dem Kriege sein werde, forderte der Schweizer Vertreter Porchet die soziale Hebung der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den Schutz der nationalen landwirtschaftlichen Produktion gegen die Konkurrenz aus Ländern mit tiefstehender Bauernbevölkerung.

Ueberflüssig und kostspielig.

Das bayrische Ministerium des Äußeren.

München, 10. Mai. Der Staatshaushaltsausschuß des Landtages begann heute die Beratung über den Etat für das Staatsministerium des Äußeren, zu dem ein Antrag auf Aufhebung dieses Ministeriums vorlag. Ministerpräsident Dr. Held betonte grundsätzlich, daß das Ministerium des Äußeren gewissermaßen

Das Symbol der Eigenstaatlichkeit Bayerns

sei, das aus staatspolitischen Gründen erhalten bleiben müsse. Zu der Beschwerde der Kommunisten über Beschneidung der Pressefreiheit erklärte Dr. Held, die Kommunisten hätten verfassungsmäßige Rechte nicht in Anspruch nehmen, da sie den heutigen Staat gewaltsam

umstürzen wollten. Der Ministerpräsident kündigte ferner an, daß die Denkschrift der Staatsvereinfachungskommission im August im Landtage vorgelegt werden würde. In der Aussprache erklärte der pfälzische Abgeordnete Gollwitzer, wenn es nicht möglich sei, die Räumung der Pfalz in aller nächster Zeit durchzuführen, werde es Aufgabe des Ministeriums des Äußeren sein müssen, alles daran zu setzen, um auf diplomatischem Wege eine Erleichterung zu erzielen. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Ministeriums des Äußeren wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und eines Demokraten abgelehnt.

Um das Republikchutzgesetz.

Berlin, 10. Mai. Die Deutsche Volkspartei ist bemüht, die Widersprüche in der Auffassung der Deutschnationalen und des Zentrums über die Verlängerung des Republikchutzgesetzes auszugleichen. Während die Deutschnationalen von einer Verlängerung des Republikchutzgesetzes nichts wissen wollen, wird vom Zentrum sehr nachdrücklich die Forderung erhoben, das Gesetz noch mindestens zwei Jahre in Kraft zu lassen. Von völkerteiliger Seite aus will man nun den Vorschlag machen, das bisherige Gesetz einer Revision zu unterziehen und lediglich die Bestimmungen in Geltung zu lassen, die „noch zeitgemäß“ sind.

Hierher gehören vor allem der Schutz der Minister im Reich und in den Ländern vor Attentaten, der Schutz der Staatsform und ihrer Symbole vor Beschimpfungen und das Maßnahmenrecht gegen staatsfeindliche Verbände. Die völkerteiligen Parlamentarier hoffen, die Deutschnationalen für die Verlängerung dieser Bestimmungen zu gewinnen, bis das neue Strafgesetzbuch, in das die Schutzbestimmungen hineingearbeitet werden sollen, in Kraft ist. Man verspricht sich in parlamentarischen Kreisen von diesem Versuch, die heikle Frage auf ein rein taktisches Gleis zu schieben, Erfolg.

Als Konzeption an die Deutschnationalen soll der sogenannte Kaiserparagraph 23 fallen gelassen werden. Der Reichsfanzler will alsbald nach der Einigung im Lager der Regierungsparteien mit der Opposition, den Demokraten und Sozialdemokraten, in Prüfung treten.

Zu dem Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstages für Verlängerung des Republikchutzgesetzes schreibt die „Germania“: Die Zentrumsfraktion ging bei ihrer Haltung von der Auffassung aus, daß auf das Gesetz zum Schutze der Republik zurzeit noch nicht verzichtet werden könne. Das haben gewisse Vorkommnisse der letzten Zeit, wie beispielsweise die nationalsozialistischen Ausschreitungen, zur Genüge gezeigt. Das Zentrum steht weiter auf dem Standpunkt, daß der vielumstrittene § 23, der den Aufenthalt des Kaisers in Deutschland verbieten kann, ebenso aufrecht erhalten werden muß wie die Bestimmung über den Staatsgerichtshof. Auf die Mitwirkung der Deutschnationalen kann deshalb nicht verzichtet werden, weil für die Verabschiedung dieses Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Deutschnationalen haben sich bei Bildung der jetzigen Reichsregierung feierlich zum Schutze der bestehenden Staatsform verpflichtet. Die Verlängerung dieses Gesetzes, das der Republik den nötigen Schutz gewährt, liegt aber ohne Zweifel im Sinne der damaligen Vereinbarungen.

Aus der Sitzung des Ältestenrates des Reichstages.

Berlin, 10. Mai. Der Ältestenrat des Reichstages hielt heute vormittag eine Sitzung ab, die sich mit der Geschäftsfrage befaßte. Der wiedergewählte Präsident Lobe eröffnete die Verhandlungen mit Dankesworten an die Vizepräsidenten für die Arbeitslast, die sie während seiner Krankheit auf sich genommen hätten. Es wurde beschlossen, daß vom Mittwoch ab außer kleineren Vorlagen das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Luftfahrern beraten werden soll und daß daran anschließend die Anträge gegen die Portoerhöhung der Reichspost und zur Krisenfürsorge zur Erörterung kommen sollen. Voraussetzlich wird dann die erste Lesung des Spiritusmonopolgegesetzes folgen.

Die Demokraten gegen die Portoerhöhung.

Wie ein Berliner Blatt mitteilt, hat die demokratische Reichstagsfraktion gestern beschlossen, eine Interpellation zur beabsichtigten Portoerhöhung durch die Reichspost einzureichen, in der sich die Demokraten gegen die Erhöhung des Postos wenden.

Neue Unterredung Dr. Rieths mit Briand.

Paris, 10. Mai. Vorkaufsrat Dr. Rieth hat heute wiederum eine Unterredung mit Außenminister Briand, die eine Fortsetzung des jüngst begonnenen Bankenaustausches über laufende Fragen bildete.

Die Zahl der britischen Besatzungstruppen.

London, 10. Mai. Kriegsminister Dornstingor Evans teilte im Unterhause mit, es ständen etwa 720 Mann britischer Truppen in Deutschland. Es bestei keine Wahrscheinlichkeit auf irgend eine beträchtliche Verminderung in der unmittelbaren Zukunft.

Was wird mit Waldeck?

Wie aus Kassel gemeldet wird, fand Anfang dieses Monats im preussischen Innenministerium eine Besprechung über die zukünftige Staatsrechtsgestaltung Waldecks statt, bei der Preußen durch das Innere, Landwirtschafts-, Finanz- und Kultusministerium vertreten war, während aus Waldeck Landesdirektor Schmieding mit zwei Deputierten, sowie Mitglieder des Landes- und Verfassungsausschusses teilnahmen. Der Sitzungsleiter, Ministerialdirektor Dr. Badt, erklärte dabei, Preußen sei bereit, mit Waldeck einen neuen, loseren Staatsvertrags auf die Dauer von einem bis zwei Jahren abzuschließen, in dem die näheren Bedingungen für den späteren Anschluß an Preußen festgelegt werden könnten. Die Voraussetzung zum Abschluß dieses Vertrages sei jedoch eine Erklärung Waldecks, daß es nach Ablauf des Vertrages sich an Preußen anschließen werde. Namens der Waldeckischen Vertreter wurde diese Bedingung als ein Novum bezeichnet, das eine vorherige Rückfrage und Klärungnahme mit dem Waldeckischen Volke und den Parteien erst klären könne.

Nachspiel zum Plauener Prozeß.

Wie gemeldet wird, hat Rechtsanwalt Dr. Kunz, der Rechtsvertreter des Reichsaussenministers Straßmann im Plauener Prozeß, bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Unbekannt wegen Schleierei von geschwiegen oder durch Amtsvergehen erworbenen Akten beantragt und dem Justizministerium davon Kenntnis gegeben. Es handelt sich dabei um die Aktienkäufe und -Verkäufe, die eine Rolle im Plauener Prozeß gespielt haben. Als vermutlich bei diesen Dingen beteiligt oder jedenfalls unterrichtet hat Rechtsanwalt Dr. Kunz die Herren Dr. Weiß, Oberregierungsrat Goebel, Kapitänleutnant a. D. Rautter von der Deutschnationalen Volkspartei, den Verleger Bacmeister von der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, den Major a. D. und Schriftsteller Stein (Kumpelschlag), sowie die Herren Franz und Knoll benannt. Ferner ist beantragt worden, auch die Frage zu klären, woher die 5000 Mark und die übrigen Gelder stammten, wie dem die Akten zeigen werden.

Anerkennung des Polizeipräsidenten von Berlin an seine Beamten.

Berlin, 10. Mai. Der Polizeipräsident von Berlin hat in einer besonderen Verfügung den Polizeibeamten für ihre ausgezeichneten Dienstleistungen während der Stahlhelmschulungen seinen Dank und seine Anerkennung ausgesprochen.

Rirkus Busch verklagt den Polizeipräsidenten.

Berlin, 10. Mai. Wie die „Nachtausgabe“ erzählt, hat die Direktion des Rirkus Busch eine Schadenersatzklage gegen den preussischen Rirkus, vertreten durch den Polizeipräsidenten angestrengt, weil das Unternehmen sich durch die Vorberungsmassnahmen des letzten Sonntags aus Anlaß des Stahlhelmtages schwer geschädigt fühlt.

Verhaftung von Nationalsozialisten in Berlin.

Berlin, 10. Mai. Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin hatten sich gestern Abend etwa 300 Nationalsozialisten zum Empfang ihres Führers, Dr. Goebbels, eingefunden. Die Polizei zerstreute die Ansammlung und nahm neun Personen fest. Fünf Teilnehmer eines nationalsozialistischen Demonstrationzuges, den die Polizei an der Potsdamer Brücke aufstellte, wurden ebenfalls zwangsgestellt.

Bildung eines nationalsozialistischen parlamentarischen Aktionskomitees.

Berlin, 10. Mai. Wie aus den beteiligten Landtagskreisen mitgeteilt wird, haben die Abgeordneten des Reichstages und des preussischen Landtages der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Aktionskomitee gebildet, dessen Vorsitz Abg. Dr. Fried (N.D.A.) führt. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des preussischen Landtagsabgeordneten Heinz Haake. Der Zweck des Komitees ist die Bekämpfung aller gegen die Partei und ihren Führer Adolf Hitler gerichteten Unannehmlichkeiten.